

Ingmar Schlegel

PM: Nein zu neuem Frankfurter Stadtteil nordwestlich der A5

DIE LINKE. Oberursel lehnt einen neuen Stadtteil nordwestlich der A5 ab. Die Stadt Frankfurt plant Wohnungen für 25000 bis 30000 Personen in unmittelbarer Nachbarschaft zu Steinbach und Oberursel. Aus Sicht der Oberurseler LINKE ist dieser Standort ungeeignet.

Das geplante Baugebiet liegt in der Frischluftschneise vom Taunus in die Stadt Frankfurt und zerstört Landschaftsschutzgebiete. Sowohl auf der Frankfurter Seite (Heddernheim, Niederursel, Praunheim) als auch auf der Taunusseite (Steinbach, Oberursel- Weißkirchen) besteht bereits eine hohe Bevölkerungsdichte.

Zwischen den Ortsteilen Nieder- Eschbach, Nieder-Erlenbach und Harheim gibt es noch großzügige Freiflächen. Dort ist die Bevölkerungsdichte nicht halb so hoch und liegt unter dem Wert für den gesamten Main-Taunus-Kreis. Die Frankfurter Koalition ist aber nicht bereit, dort Flächen für den Wohnungsbau auszuweisen. Eine mögliche Bebauung auf dem Pfingstberg (zwischen Nieder-Eschbach und Nieder-Erlenbach) wird als „politisch nicht durchsetzbar“ deklariert. Anstatt sich mit Frankfurter Bürgerinnen und Bürgern auseinander zu setzen plant die Frankfurter Koalition einen neuen Stadtteil vor der Haustür der Nachbarkommunen.

Der geplante Stadtteil ist von Frankfurt abgetrennt. Die infrastrukturelle Erschließung muss zu Lasten von Oberursel, Steinbach und Eschborn im Wesentlichen über deren Gemarkung erfolgen. Versprechungen, man werde die Autobahn A5 „einhausen“, sodass der neue Stadtteil gut an Frankfurt angebunden werde, halten wir für Augenwischerei: Wäre dies ernst gemeint, würde sich der Bau des neuen Stadtteils so verteuern, dass das Ziel preiswerten Wohnraum zu schaffen nicht eingehalten werden kann.

Mit einer Bebauung, die bis auf wenige hundert Meter an Oberursel und Steinbach heranrückt, wird die optische Grenze zu Frankfurt aufgehoben. Das widerspricht der Entwicklung des Rhein-Main-Gebietes als polyzentrische Region.

In der gesamten Region Rhein-Main werden dringend neue Wohnungen gebraucht. Es fehlen bezahlbare Wohnungen für Menschen mit mittleren und niedrigen Einkommen, noch größer ist der Mangel an geförderten Wohnungen für Familien mit Anspruch auf Sozialwohnungen. Neben der Verdichtung in den bestehenden Vierteln, der Umwandlung von Büroräumen in Wohnungen und der Bekämpfung der Spekulation mit bestehendem Wohnraum wird es daher erforderlich sein auch den Bau neuer Siedlungen in Angriff zu nehmen.

Wir fordern die Städte und Gemeinden der Region auf, gemeinsam Pläne für Standorte von Wohngebieten zu entwickeln. Im Umland gibt es ausreichend Flächen, die bereits heute für Wohnbebauung vorgesehen sind und deren Planung seit Jahren verschleppt wird.

Wenn die Stadt Frankfurt bereit ist mit dem Umland zusammenzuarbeiten sollte sie die Städte und Gemeinden, die neue Wohngebiete schaffen unterstützen, indem sie den Ausbau und den Betrieb der gemeinsamen Infrastruktur mitträgt. An erster Stelle stehen hier der